

# Antrag

der Fraktion der KPD

## **betr. Wohnraumbeschlagnahme**

Der Bundestag wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß die in Verbindung mit der Verlegung der belgischen Besatzungstruppen und ihrer Familien aus Bonn eingeleitete Zwangsräumung von Wohnungen deutscher Familien sofort eingestellt und daß alle bereits erfolgten Räumungen mit sofortiger Wirkung rückgängig gemacht werden.

### **B e g r ü n d u n g :**

Im Zuge der Räumung Bonns durch die belgische Besatzungsmacht und ihrer Familien müssen im Lande Nordrhein-Westfalen nach amtlichen Angaben 486 Wohnhäuser mit durchschnittlich je drei Familien geräumt werden. Die diesen rund 1400 deutschen Familien angewiesenen Ersatzräume genügen besonders im Raume Köln nicht einmal den beschränktesten Ansprüchen auf Wohnung. Das Wohnungselend hat durch diese Zwangsräumungen eine unerträgliche Verschärfung erfahren. Nicht nur die aus ihren Wohnungen herausgesetzten Menschen, sondern die gesamte Bevölkerung ist mit Recht über diese Aktion empört und fordert vom Bundestag die Rückgängigmachung derselben.

Bonn, den 8. September 1949

**Renner und Genossen**